

PETER SCHÄFER

ÄGYPTEN HAT EINEN NEUEN PRÄSIDENTEN

ABER DIE MACHT HAT DAS MILITÄR

Muhammad Mursi (60) wurde heute zum neuen Präsidenten Ägyptens erklärt. Er tritt sein Amt am 1. Juli an. Das Rennen gegen seinen Konkurrenten Ahmad Shafiq (70) hat er mit 51,73 gegen 48,27 Prozent knapp gewonnen. Die Nerven zehrende Stimmauszählung, einschließlich der Aufklärung von 456 Beschwerden der beiden Kandidaten, dauerte eine ganze Woche. Die Wahlbeteiligung lag bei 51 Prozent, Vorwahlenanalysen prophezeiten eine viel niedrigere Quote.

Besonders vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ägypten, den vielfältigen Protesten seit dem 25. Januar 2011, war die Kandidatenliste für das Präsidentenamt für die Stichwahl am 16./17. Juni ernüchternd: Entweder ein Islamist (Mursi) oder ein Vertreter des alten Regimes (Shafiq). Waren die Menschen dafür immer wieder auf die Straße gegangen? Insbesondere Teile der politischen Linken riefen angesichts dieser Auswahl sowie den gerichtlichen und militärischen Entscheidungen kurz vor dem Urnengang zum aktiven Boykott auf. Fast eine Million (ca. zwei Prozent der Wahlberechtigten) der abgegebenen Stimmen waren ungültig, so die Wahlkommission heute.

Die Vorwahlzeit war von einschneidenden Entscheidungen geprägt, bis zuletzt bestand die Möglichkeit, dass die Abstimmung zum geplanten Zeitpunkt gar nicht stattfindet: Seit der Parlamentswahl letzten Winter dominierten Parteien des politischen Islams zwei Drittel der Volksvertretung. Im April wurde Hazem Abu Ismail, der Präsidentschaftskandidat der Salafisten – zweitstärkste Kraft im Parlament – aus formalen Gründen disqualifiziert, was große Proteste nach sich zog. Und seit dem 13. Juni hat das Militär wieder das Recht, Zivilistinnen und Zivilisten zu verhaften. Dieser Schritt erfolgte nur kurz nach der Aufhebung des Jahrzehnte langen Ausnahmezustands. Am 14. Juni erklärte der Oberste Gerichtshof die Parlamentswahl für nicht verfassungsgemäß, das Parlament wurde aufgelöst. Am selben Tag beschloss das Gericht, dass die Kandidatur von Ahmed Shafiq vom Gesetz für die Isolierung von Angehörigen des alten Regimes nicht betroffen war. Darüber hinaus nahm der Oberste Militärrat (SCAF)¹ am letzten Wahltag die Gesetzgebungshoheit (des aufgelösten Parlaments) an sich und erklärte, eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung einsetzen zu wollen. Nach Bestätigung dieser neuen Verfassung in ei-

ner Volksabstimmung soll dann das Parlament neu gewählt werden.

Ebenfalls am letzten Wahltag, gewissermaßen im letzten Moment, beschnitt der SCAF dann noch den Machtbereich des künftigen Präsidenten. Außenpolitik, nationale Sicherheit und etwa Kriegserklärungen sind nun die Domäne der Militärführung. Die Besetzung von Schlüsselministerien und die Verabschiedung des Staatshaushalts obliegen ebenfalls den Militärs.

Zwar können sich die Ägypterinnen und Ägypter nun insgesamt über einen Mangel an Wahlen nicht mehr beschweren. Einige wesentliche Geschicke der Nation werden aber bis auf Weiteres vom SCAF bestimmt werden.

«REVOLUTION» ALS WICHTIGES THEMA

Auffällig an der Präsidentschaftswahl war die fehlende Übereinstimmung der erfassten Volksmeinung mit dem späteren Ergebnis. So ermittelten beispielsweise Umfragen kurz vor dem ersten Wahldurchgang sehr gute Chancen für Amro Musa, einen ehemaligen Generalsekretär der Arabischen Liga, und Abdel Moneim Aboul-Futuh, einen liberalen ehemaligen Muslimbruder. Und nach dem ersten Durchgang galt Ahmad Shafiqs Sieg als sicher. Falls die notwendigen Stimmen für seine Mehrheit fehlten, würde der SCAF schon nachhelfen, hieß es.

Aber Mursi hat gewonnen. Das ist ein Ereignis mit sicherlich regionalen Auswirkungen, nicht nur auf die Muslimbrüder in den unmittelbaren Nachbarländern, beispielsweise im Gazastreifen (Hamas). Künftige Errungenschaften oder

¹ Supreme Council of the Armed Forces. Das englische Akronym SCAF hat sich auch in Ägypten als Bezeichnung für den Obersten Militärrat durchgesetzt.

Misserfolge der Muslimbrüder und ihrer Partei Freiheit und Gerechtigkeit in Ägypten werden die Attraktivität von Gruppen der Bewegung in anderen Ländern ebenfalls beeinflussen.

Auch viele Linke stimmten für Mursi, zumindest diejenigen, die von der Revolution als einem weiterhin anhaltenden Prozess ausgehen. Shafiq als Vertreter des alten Regimes auf dem Präsidentenstuhl zu sehen, wäre für sie bei aller Ablehnung der Muslimbrüder nicht akzeptabel gewesen. Knapp gesiegt haben also diejenigen, die die Revolution unterstützen, gegen das alte Regime. Zumindest ist die Unterstützung für Mursi gewiss kein Indikator für die Popularität des politischen Islams in Ägypten.

So war auch der im Wahlkampf hervorgehobene Gegensatz Muslimbrüder-altes Regime überzeichnet. Die Muslimbrüder koordinierten sich bereits in den letzten Monaten mit dem Militär, dem es sicherlich nützt, die Muslimbrüder als stärkste gesellschaftliche Kraft nicht in der Opposition zu haben. In Bezug auf die Wirtschaft – das Militär ist Wirtschaftsmacht² – gehen die Vorstellungen im Vergleich mit den Muslimbrüdern nicht sehr weit auseinander. Außerdem gibt es in der Region Beispiele genug, die zeigen, dass die Unterdrückung einer starken gesellschaftlichen Kraft nur zu größeren Konflikten führt.

Die Muslimbrüder dürfen nun also, mit Einschränkungen, regieren.

MURSIS PROGRAMM: NATIONALE RENAISSANCE

Ein schöner Satz in Mursis Programm ist die avisierte «Unterstützung eines Lebensstils, der kontinuierliches Lernen, multi-direktionale Produktion und befriedigenden Zugang zu grundlegenden menschlichen Bedürfnissen gewährleistet und menschliche Würde realisiert.» Das – viele sagen «vom alten System gezielt heruntergewirtschaftete – Bildungssystem soll auf moderne Beine gestellt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen erhalten die Judikative und nicht mehr die Regierung als Referenz, sollen unabhängiger von ausländischer Finanzierung werden und ehrenamtliche Arbeit wieder stärken. Insgesamt soll das Nationale, das Kollektive in Ägypten wiederbelebt werden. Angesichts des hohen Grads an Individualisierung und Fragmentierung der ägyptischen Gesellschaft, ein Grundpfeiler jeder Diktatur, ist das sicherlich keine leichte Aufgabe.

Das Programm benennt den Schutz der Umwelt und die Freiheit der Religionsausübung für den christlichen Teil der Bevölkerung, behandelt in vagen Worten eine Machtbeschneidung des Militärs und spricht im Prinzip in aller Kürze viele Problembereiche an, die in Ägypten schon länger bekannt sind.

Die Aussagen zur Außenpolitik sind sehr schmal und so unspezifisch, wie das höchstens in einem Parteiprogramm geht. Ägypten soll wieder zu einer regionalen Rolle finden. Internationale Verträge und Abkommen sollen verstärkt «die Interessen der Ägypter im In- und Ausland» schützen. Zu erwarten ist in diesem Zusammenhang, dass der für Israel sehr günstige Erdgaslieferungsvertrag überarbeitet, wenn nicht gar storniert werden soll (falls der Oberste Militärrat das zulässt). Insgesamt darf eine größere Hinwendung zum arabischen und islamischen Raum erwartet werden, eine Abkehr von der einseitigen Westanbindung unter Mubarak.

Für den Diskurs über die Entwicklung von Gesellschaften in der Region sicherlich sehr wichtig ist die im Programm er-

wähnte «Wiederherstellung der führenden Rolle der Azhar-Universität (in Kairo) als Leuchtturm der moderaten islamischen Denkschule», als Referenz für die islamische Welt. Seit Präsident Nasser stand die Azhar unter der Fuchtel der jeweiligen Regierung, einhergehend mit großem Vertrauensverlust seitens der Muslime. Will Mursi der Azhar-Universität zur erneuten Blüte verhelfen, muss er die über 1 000 Jahre alte Institution wieder unabhängig – auch von den Muslimbrüdern – werden lassen und ihr die Definitionsmacht über islamische Angelegenheiten anvertrauen. Ein Wiederaufstieg der Azhar-Universität wäre eine Herausforderung für den wahabistischen, orthodoxen Islam, der in den letzten Jahrzehnten weitgehend ungebremst von der arabischen Halbinsel ausging.

Mursi wird allerdings vor allem an seinen Erfolgen bei der Wirtschaftsentwicklung gemessen werden. Hier griff er bereits vor der Wahl viele Punkte auf. Ausländische Investoren sollen nicht vergrault werden. Allerdings gehe es auch darum, diese gegenüber ägyptischen nicht zu bevorzugen. Nicht persönliches, sondern nationales Interesse stehe jetzt im Vordergrund und er rief zur engen Zusammenarbeit von Privatsektor und Parlament auf. Mursi sprach sich gegen Monopolbildung aus, also für eine Abkehr vom bisherigen Modell einer Wirtschaftsdominanz durch eine kleine Elite. Hier kommt es nun darauf an, diesen kleinen Personenkreis nicht nur durch den Muslimbrüdern zugehörige Unternehmer ein wenig zu vergrößern, sondern vor allem darauf, die öffentliche Kontrolle ökonomischer Entwicklung zu organisieren. Diese Kontrolle ist nun auch eine Hauptaufgabe der linken Opposition.

Im Programm wird das Ziel gesetzt, Selbstversorgungssicherheit in den Bereichen Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln zu erreichen und den Baumwollanbau wiederzubeleben. Letzteres ist die Grundlage für die darbende Textilindustrie und eine langjährige Forderung der Streiks in den großen Textilfabriken.

Wo das Geld für diese Investitionen hergenommen werden soll, ist noch relativ unklar. Die Muslimbrüder stehen allerdings Kreditangeboten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sehr aufgeschlossen gegenüber. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Schuldentrückzahlung Mursis souveränen Entwicklungsplänen einen Strich durch die Rechnung macht. Dazu reicht bereits ein kurzer Blick auf die abhängigen Ökonomien der Länder südlich Ägyptens. Und bereits heute belaufen sich die ausländischen Schulden Ägyptens auf 35 Milliarden US-Dollar, so die ägyptische Kampagne für Schuldenerlass. Der Betrag für den Schuldendienst (einschließlich für Inlandskredite) war im Jahr 2011 höher als die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wohnungsbau gemeinsam.

Aber im Wahlkampf darf geklotzt werden. Mursi sprach davon, 100 Investitionsprojekte für je 1 Milliarde US-Dollar implementieren zu wollen, ein Fünftel davon in der Tourismusindustrie. Diese soll modernisiert und diversifiziert werden. Politiker der Muslimbrüder trafen sich bereits vor der Parlamentswahl mit der Tourismusindustrie. Alkoholabschank werde weiterhin legal bleiben. Für Sicherheit soll gesorgt werden.

² Zeinab Abul-Magd: The Army and the Economy in Egypt, 23 December 2011, in: www.jadaliyya.com/pages/index/3732/the-army-and-the-economy-in-egypt.

| Wahlergebnis erster Durchgang Präsidentschaftswahl vom 23./24. Mai 2012 | |
|--|--------|
| Muhammad Mursi | 24,78% |
| Ahmad Shafiq | 23,66% |
| Hamdin Sabbahi | 20,72% |
| Abdel Moneim Aboul-Futuh | 17,47% |
| Amro Musa | 11,13% |
| Muhammad El Awa | 1,01% |
| Khaled Ali | 0,58% |
| Abul Ezz El Hariri | 0,17% |

(und fünf weitere Kandidaten)

Ergebnisse nach Al Ahram Online: <http://english.ahram.org/NewsContent/36/122/43132/Presidential-elections-news/After-the-dust-settles-Mursi,-Shafiq-to-face-off-i.aspx>

MURSI ALS OBERSTER ADMINISTRATOR

«Sicherheit» war der oberste Punkt auf Shafiqs Programm, womit er auf eine häufig formulierte Forderung der Bevölkerung einging. «Mit harter Hand» wollte er gegen Kriminelle vorgehen, worunter auch unangemeldete Demonstrationen und Streiks fielen. Die Kriminalitätsrate stieg seit der Revolution tatsächlich stark an. Andererseits wird seither auch viel mehr darüber berichtet und es heißt, die Polizei sei aus dem öffentlichen Raum abgezogen worden. Die Landbevölkerung vor allem fordert ein Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten. Hier nahm seit der Revolution nämlich die mafiöse Landnahme zu: Schlägertrupps schüchtern Bauernfamilien ein, die sich weigern, ihr für ein Investitionsprojekt vorgesehenes Land zu verlassen.

Alle anderen Kandidaten neben Mursi räumten dem Thema Sicherheit in ihren Kampagnen einen weniger prominenten Platz ein, was einige Analysen als schweren Fehler bezeichneten. Nun wird es ihm darum gehen, die verschiedenen Polizeidienste hinter sich zu bringen, um sicherlich nicht mit weicherer Hand als Shafiq kriminelle Auswüchse einzudämmen. Es ist jedoch anzunehmen, dass er hierbei in der Polizeiführung auf Widerstände stoßen wird und dass es in Ägypten Kräfte gibt, die weiterhin daran interessiert sind, Unsicherheit und Angst zu schüren. Vor dieser Herausforderung steht Mursi bezogen auf den Regierungsapparat insgesamt. Dieser war Jahrzehnte lang in der Hand der Nationaldemokratischen Partei (NDP) und von deren Interessen geleitet. Schon aus politischen Gründen besteht für viele Beamte Anlass, mit Mursi nicht zu kooperieren, und sei es nur darum, den neuen Präsidenten als schlechten Administrator erscheinen zu lassen, unfähig, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.

DIE OPPOSITION

Mursi als Präsident ist ein Vorteil für die säkularen, demokratischen Parteien, Bewegungen und Initiativen. Ein Ahmad Shafiq als Präsident hätte nämlich eine Oppositionsbewegung vom Salafismus bis zum revolutionären Kommunismus bedeutet, also entweder breite Bündnisse mit nur eingeschränkter Möglichkeit zur inhaltlichen Profilierung oder oppositionsinternes Zerfleischen, das nur Shafiq gedient hätte.

| Ergebnis der Stichwahl vom 16./17. Juni 2012 | |
|--|--------|
| Muhammad Mursi | 51,73% |
| Ahmad Shafiq | 48,27% |

Abzuwarten bleibt nun, wie groß der Aktionsradius der säkularen, demokratischen Opposition unter Muslimbrüderpräsidentschaft und Militärherrschaft überhaupt ausfällt. Hier überschneiden sich die Interessen der beiden. Bereits in der Zusammensetzung der (gescheiterten) verfassungsgebenden Versammlung vor den Präsidentschaftswahlen setzten die Muslimbrüder alles daran, die säkulare Beteiligung zu minimieren. Das war alles andere als ein Signal für den Einbezug aller gesellschaftlichen Interessen. So gut Mursis Programm auch klingen mag, bei der Praxis könnte es haken.

Trotz ihrer neo-liberalen Haltung (mit Wohlfahrtsanstrich) sind die Muslimbrüder im Einsatz für soziale Gerechtigkeit aber selbst gut aufgestellt. Ihre Anhängerinnen und Anhänger sind – gemeinsam mit Linken – engagiert in der unabhängigen (und unter Mubarak illegalen) Streikbewegung. Sie pflegen ein gutes Verhältnis zu den vielen neuen Gewerkschaften, die sich unabhängig vom offiziellen Gewerkschaftsdachverband³ gründeten. Diese Streikbewegung wird die Politik Mursis sehr genau beobachten.

HOFFNUNG FÜR DIE LINKE: HAMDIN SABBABI

Die eigentliche Wahlüberraschung, neben dem schlechten Abschneiden Amro Musas, war aber der große Zuspruch für Hamdin Sabbahi (57). Über 4,7 Millionen Menschen stimmten im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen für den demokratischen Nasseristen. Mit 21 Prozent lag er damit nur knapp hinter Mursi und Shafiq.

Sabbahi ist seit langem eine Konstante der ägyptischen Politik, vor allem in der Opposition gegen den ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak. Für seine Rolle in den «Brotunruhen» von 1979 gegen zu hohe Grundnahrungsmittelpreise und den Demonstrationen gegen die ägyptische Beteiligung am Krieg gegen den Irak von 2003 wurde er mit Gefängnis bestraft. Von 2000 bis 2010 saß Sabbahi als «Unabhängiger» im ägyptischen Parlament. Seine Karama-Partei erhielt erst nach dem 25. Januar 2011 die Zulassung.

Auf dem Land wird vor allem seine aktive langjährige Unterstützung für die in Landwirtschaft und Fischerei Beschäftigten gewürdigt. Sabbahi scheut auch heute nicht die Beteiligung an Solidaritätsprotesten mit den Verlierern der neoliberalen Entwicklung.

Von seinem Wahlerfolg waren alle überrascht, auch das heterogene Feld der säkularen Demokratinnen und Demokraten. Sie erhalten durch ihn frischen Aufwind, insbesondere nach dem schlechten Abschneiden dieser Kräfte in den Parlamentswahlen vom letzten Winter. Sabbahi verbindet seinen Einsatz für soziale Gerechtigkeit mit einer Ökonomievorstellung, die von der neoliberalen Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre abweicht. Alle anderen Präsidentschaftsanwärter, die über zwei Prozent der Stimmen erhielten, stehen dagegen für eine Fortführung der Politik der «Markttöffnung» und Privatisierungen.

³ Die Muslimbrüder bemühen sich gleichzeitig, ihren Einfluss im offiziellen Gewerkschaftsdachverband auszuweiten. Dessen Auflösung gestaltet sich als schwierig und viele Arbeiterinnen und Arbeiter wollen darin organisiert bleiben, weil der Dachverband ihre Rentenkassen verwaltet.

Sabbahi war somit der einzige erfolgreiche Präsidentschaftskandidat, der eine Abkehr der bereits unter Präsident Anwar El Sadat eingeleiteten «wirtschaftlichen Öffnung» propagierte. Die damit zusammenhängende Privatisierung großer Staatsbetriebe und die Öffnung des ägyptischen Markts für ausländische Investoren werden als wesentliche Gründe für die zunehmende Arbeitslosigkeit, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und damit die hohe Armutsrate⁴ in Ägypten gesehen.

Die ägyptische Linke bereitet sich im Nachgang von Sabbahis Erfolg nun auf die Lokalwahlen vor, die bereits innerhalb eines Jahres stattfinden könnten. Angesichts des in den Präsidentschaftswahlen gezeigten Stimmverhaltens – Sabbahi lag beispielsweise in Kairo und Alexandria vor allen anderen – und seines Rückhalts bei der Landbevölkerung sind viele Linke zuversichtlich. Nun werden politische Allianzen geschmiedet. Sabbahi selbst ist auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, da seine Organisation Karama für einen breiten Wahlkampf nur ungenügende Kapazitäten hat.

«Seit dem ersten Wahlgang ist klar, dass Hamdin Sabbahi die demokratischen, säkularen Kräfte Ägyptens repräsentiert», erklärte Yara Shahin von der Partei Sozialistische Volksallianz, die bis zum 14. Juni mit 7 Abgeordneten im Parlament saß. Spekuliert wird auch auf eine Überwindung der starken Fragmentierung der ägyptischen Linken mit dem prominenten Zugpferd Sabbahi. «Wir werden mit ihm in Gespräche eintreten, um mit ihm und anderen zusammen für ein demokratisches Ägypten zu streiten.» Es ist jedoch schon klar, dass hier große Kompromisse eingegangen werden müssen.

EINE DEMOKRATISCHE, SÄKULARE MITTE?

Sehr wohl möglich ist nämlich ein Bündnis Sabbahis mit Abdel Moneim Aboul-Futuh, mit dem er bereits nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl einen gemeinsamen «präsidialen Rat» vorschlug, was von Teilen der säkularen revolutionären Bewegung begrüßt wurde. Aber bereits angesichts der Fragmentierung der Linken lässt sich ausmalen, dass es für den Erfolg eines Radschlags vom orthodoxen Kommunismus über die Liberalen hin zu den demokratischen Islamistinnen und Islamisten sicherlich eines langen Atems bedarf. Möglich ist das trotzdem. So war Aboul-Futuh im ersten Durchgang für viele Linke wählbar. Und das nicht nur, weil er damals für die beste realistische Alternative zu den Muslimbrüdern und den Vertretern des alten Regimes gehalten wurde, sondern auch, weil er sich im Vorfeld gegenüber vielen Strömungen inhaltlich öffnete. Allerdings zeigte sich sein inhaltlich vager Wahlkampf – «Präsident für alle Ägypter» – als ungeeignet für den ersten Durchgang, in dem diejenigen Erfolge hatten, die dezidiert für ihre politische Richtung warben. Trotzdem wird ihm diese Offenheit von allen hoch angerechnet, die versuchen, eine Lösung für viele nationale Fragen zu finden und sich von dem System der einen starken Partei der Vergangenheit zu verabschieden.

Für Viele steht Shafiq sicherlich für eine unpopuläre Wiederbelebung des alten Systems, in dem eine Handvoll einflussreicher Personen nicht-öffentlich die Geschicke der Nation bestimmten, geschützt von einer Bandbreite von Polizeiorganen.

Auf der anderen Seite verhalf die Strategie von Mursis Muslimbrüdern seit dem 25. Januar 2011 dieser Bewegung auch nicht gerade zu einem Mehr an Beliebtheit. Angefan-

gen von den nicht eingelösten Versprechen, weder eine Parlamentsmehrheit anzustreben, noch einen Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, und angesichts des autoritären Wahlkampfstil Mursis weist bisher nichts darauf hin, dass hier die Interessen einer diversen Bevölkerung bedient werden sollen.

Bisher ist die Spekulation über einen erfolgreichen vereinten, demokratischen, säkularen Block verschiedener Parteien und Strömungen jedoch nicht mehr als das, Spekulation. Die demokratische Entwicklung in Ägypten steht noch am Anfang. In dieser Hinsicht ist jedoch allen Kräften Entwicklungspotenzial einzuräumen. Das gilt neben allen anderen auch für Ahmad Shafiq – dessen Kampagne binnen zwei Monaten eine Partei gründen will – ebenso wie für die Muslimbrüder, die lernen müssen, sich auf den breiten Willen zur politischen Beteiligung einzustellen, und sei es nur zur Befriedung einer erstarkten Protestbewegung.

WAHLMOTIV ISLAM

Die zweite große Überraschung der Präsidentschaftswahlen ist der relativ geringe Zuspruch für einen Kandidaten auf Grundlage des politischen Islams. Im ersten Durchgang entschieden sich lediglich 43 Prozent der Stimmberechtigten für den Kandidaten einer islamistischen Partei. Dies ist insbesondere überraschend nach den Parlamentswahlen vom letzten Winter. Damals stimmten über 61 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Liste der Muslimbrüder (Partei Freiheit und Gerechtigkeit) oder die der salafistischen Nour-Partei.

Die Zahlen sind beeindruckend, aber die Analyse ist oberflächlich. Die Muslimbrüder waren neben dem Militär und der alten NDP-Parteistruktur (Nationaldemokratische Partei, die Partei Hosni Mubaraks) die einzige organisierte und etablierte Kraft in Ägypten. Alle anderen Parteien waren klein, oft neu und, innerhalb einer politischen Richtung, fragmentiert. Diese Parteien waren deshalb auch für viele revolutionär Gesinnte, deren vorwiegendes Anliegen darin bestand, die Absetzung des alten Regimes zu konsolidieren, keine Wahlalternative.

UND WAS IST MIT DER REVOLUTION?

Auch wenn es angesichts der dominanten Stellung des Militärs in Ägypten auf das Land nicht ganz zutrifft: «Die islamistischen Parteien werden ganz klar die frühen Gewinner der Revolutionen sein», schreibt Toufic Haddad⁵. «Aber sie werden auch in den Zentren ihrer Widersprüche stehen. Zwar müssen wir ihr legitimes Recht verteidigen, Teil des revolutionären Prozesses zu sein. Aber wir dürfen uns keine Illusionen über Tendenzen machen, die eine krude Mischung widersprüchlicher Klasseninteressen repräsentieren und den dunklen Kräften der Konterrevolution sehr nahe stehen. Ausschlaggebend ist, dass die Islamisten die Grundpfeiler des Neoliberalismus nicht ablehnen, sondern ihn nur «fairer» anwenden wollen durch die Übernahme eines bevormundenden Wohlfahrtsansatzes zur Abmilderung der vom Neoliberalismus geschaffenen Armut.»

⁴ Die ägyptische Regierung gab im Januar 2012 eine Armutsrate von 25,2 Prozent der Bevölkerung für 2010-2011 an. Als Armutsgrenze galt hier die Verfügbarkeit von etwa 1 Euro/Tag/Person. Sogar für die Weltbank, der obersten Armutsgrenzendefiniererin, ist dies bereits die Grenze zur «extremen Armut». Die Zahl der Armen in Ägypten dürfte also wesentlich höher sein. ⁵ Toufic Haddad: The Arab Revolutions Reloaded. What follows the Arab Spring?, Overland Magazine, 207 (Winter 2012), <http://overland.org.au/previous-issues/issue-207/feature-toufic-haddad/>.

«Die Revolution geht weiter», so Mursi in seiner Antrittsrede am Abend. Er rief zur Einheit des ägyptischen Volks in den kommenden schweren Zeiten auf. Es gebe viel zu tun. Einer der wichtigen Gründe für die Revolution, die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der beiden vorherigen Präsidenten Ägyptens, wird jedoch unter Mursi und SCAF bestehen bleiben und mit ihnen auch die Forderungen der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter. Mursi wird daran gemessen werden, inwieweit er in diesem Rahmen Armut mindern, ausreichend bezahlte Arbeitsplätze und angemessenen Wohnraum schaffen und innere Sicherheit gewährleisten kann. Ansonsten behalten diejenigen recht, die jetzt schon von einer zweiten Revolution sprechen.

Aber zunächst wird eine große Anzahl heterogener gesellschaftlicher Gruppen wieder darin vereint sein, den Raum für politische Betätigung auszuweiten und für eine Machtübergabe des Militärs, also einen zivilen Staat einzutreten.

Die Muslimbrüder jedenfalls sind nun als legitime politische Kraft in der arabischen Welt etabliert. Das sollte für Europa Anlass genug sein, sein oberflächliches Bild «des Islam» und «der Muslime» auf realistische Beine zu stellen. «Der politische Islam» ist kontextabhängig und hat somit verschiedene Ausprägungen. Seine Organisationen setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein und kooperieren themenbezogen mit säkularen, linken Bewegungen. Es gibt religiöse Linke und säkulare Muslime. Und islamische Kleidung ist ebenso wenig Ausdruck für Rückständigkeit und Dummheit, wie Shorts und T-Shirt für hohe Intelligenz und Fortschrittlichkeit stehen.

Peter Schäfer leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122
m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: 24. Juni 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling